

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Vertrag Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 23.

Mittwoch, 28. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages (bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 3. mm breite, 4 mm hohe Rundschreibweise (6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklameweise 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Bemerkung: Rabatt nicht, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Strahl der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Weicheltstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Deutschlands Antwort an die Alliierten.

11 Berlin. Die Antwort der Reichsregierung auf die Kollektivnote in der Räumungsfrage ist bekanntlich gestern vormittag den Alliierten Vertretern übergeben worden. Sie lautet:

Herr Vorkämpfer!

In der dem Herrn Reichskanzler am 26. Januar überreichten Note erklären die Alliierten Regierungen, daß sie einwilligen, die Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit der deutschen Regierung zu erörtern oder auf die Darlegungen der deutschen Note vom 6. Januar einzugehen. Sie versichern die Bereitschaft in ihrer ersten Note angekündigte Mittelung derjenigen Punkte, vor deren Erledigung sie die Räumung einer Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie ebenso wie früher, möglichste Beschleunigung dieser Mittelung in Aussicht stellen. Im übrigen beschränken sie sich darauf, der Deutschen Regierung eine Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrages entgegenzusetzen und die Behauptung zu wiederholen, daß Deutschland die in diesen Artikeln vorgesehene Voraussetzungen für die fristgemäße Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht erfüllt habe.

Die Deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar den Alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erwiderung Anlaß gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische Verständigung so bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise fördert. Die Alliierten Regierungen halten die Deutsche Regierung wie auch die Öffentlichkeit noch immer in Unkenntnis des Tatsachenmaterials, mit dem sie von ihnen bereits vor mehreren Wochen gefassten Beschluß begründet worden. Das deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrages beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich gegen diese Beschuldigungen zu verteidigen. Die Alliierten Regierungen stehen aus einer einseitigen Beurteilung des Sachverhalts die schwerwiegendsten Folgerungen und Lehren aus in ihrer neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der Deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten.

Die Deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, inwiefern ihr eine Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 vorgeworfen werden könnte. Sie hat nicht bestritten und bestritt nicht, daß diese Artikel die Räumung der nördlichen Rheinlandzone am 10. Januar 1923 von gewissen Voraussetzungen abhängig machen. Ihre Behauptung geht vielmehr dahin, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind. Die Tatsache der völligen Entlassung Deutschlands ist zu offensichtlich, als daß die Alliierten Regierungen die Nichterfüllung des vertragmäßigen Räumungsstermins mit dem gegenwärtigen Stande der deutschen Abrüstung begründen könnten. Die Alliierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterschied zwischen der Tragweite der Artikel 428 und des Artikels 429 in dem Sinne machen zu wollen, daß die im Artikel 429 vorgesehene stufenweise Räumung eine von ihrer Entscheidung abhängige Vergünstigung für Deutschland darstelle. Dies würde dem klaren Wortlaut des Vertrags widersprechen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Bestimmungen des Artikels 429 nicht weniger bindendes Vertragsrecht sind als diejenigen des Artikels 428.

Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbareren politischen Zusammenarbeit gestalte es nicht, den gegenwärtigen Zustand, der das Schicksal eines großen deutschen Gebietes und seiner Bevölkerung im Ungewissen läßt, auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Die Deutsche Regierung erwartet deshalb, daß die Alliierten Regierungen die Mittelungen des angekündigten Materials nunmehr alsbald folgen lassen und so die Voraussetzungen für eine Verständigung über die Beilegung des entstandenen Konflikts schaffen.

Geschäftigen Sie usw."

Die deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen

Und für eine kurze Uebergangszeit zu einem gewissen Abschluß gelangt. Bei diesen Verhandlungen wurde nicht so wie bei den deutsch-französischen Verhandlungen die Prinzipienfrage der Weistbegünstigung in den Vordergrund gerückt, sondern versucht, die praktischen Meinungsverschiedenheiten in den Einzelheiten der Tarifpositionen auszugleichen. Diese Tarifarbeiten sind in einer Unterkommission von beiden Seiten in vorbildlich sachlicher Weise und in Verständigungsbereitschaft durchgeführt worden. Beide Vertrag schließende Teile haben gegenseitig in einer Anzahl von Kompensationen Zugeständnisse gemacht, aber dies ist von deutscher Seite ausdrücklich unter der Voraussetzung geschehen, daß schließlich auch eine Einigung über die grundsätzliche Frage der Weistbegünstigung erreicht werden würde. Deutschland hat sich für eine kurze Uebergangszeit mit den von Belgien verlangten Ausnahmen von der allgemeinen Weistbegünstigung abgefunden, aber keinesfalls leidenschaftlich auch dafür Ausnahmen zugestanden erhalten. Deutschland hat aber weiter die bestimmte Zusage verlangt,

Berücksichtigung der außenpolitischen Lage.

11 Berlin, 28. Januar.

Die Schnelligkeit, mit der die Reichsregierung auf die neueste Mitteilung der alliierten Regierungen geantwortet hat, wird von den politischen Kreisen als ein Beweis dafür angesehen, daß die außenpolitische Lage sich durch die Haltung der alliierten Regierungen in der Frage der nördlichen Rheinlandzone in der bedenklichsten Weise verschärft hat. Man hat in Berlin den Eindruck, daß England und Frankreich in Verfolg ihrer bisherigen Politik der deutschen Regierung, besonders in der Frage der Militärkontrolle, erhebliche Schwierigkeiten machen werden, und daß das Problem der Räumungsfragen noch weitere Konflikte zwischen Deutschland und der Entente hervorzurufen wird. Der Wortlaut der neuen deutschen Note ist von den deutsch-nationalen Mitgliedern des Reichstages ausdrücklich begrüßt worden. Von einiger Bedeutung ist dabei die Tatsache, daß die deutschen Darlegungen diesmal in einer sehr entschiedenen Tonart gehalten sind, im übrigen aber lediglich eine Fortsetzung der bereits von der früheren Reichsregierung eingeleiteten Protestation darstellen.

Der französische Ministerpräsident Herriot wird in den nächsten Tagen in der französischen Kammer Erklärungen über die außenpolitische Lage abgeben und sich dabei auch über die Räumungsfrage äußern. In den Berliner außenpolitischen Kreisen sieht man der angekündigten Rede Herriots mit großer Spannung entgegen, da man den Eindruck hat, daß unter Umständen die Ausführungen Herriots eine bessere Möglichkeit zur Fortführung der Diskussion bieten könnten, als die letzte Note der Alliierten, in der man nicht die geringste Möglichkeit zu direkten Verhandlungen zu kommen, zu erblicken vermag. Allerdings kann schon jetzt vorausgesehen werden, daß der französische Ministerpräsident die bereits bekannten Beschuldigungen gegenüber Deutschland in verstärkter Form wiederholen wird. Demgegenüber wird voraussichtlich Reichskanzler Dr. Luther Gelegenheit nehmen, in einer hochpolitischen Rede, die er in nächster Zeit zu halten gedenkt, auf die Ausführungen Herriots einzugehen und die französischen Vorwürfe zurückzuweisen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sind leicht, wie man aus den Mitteilungen der unterrichteten Regierungskreise entnehmen kann, auf einem Punkt angelangt, wo die Aussichten einer Verständigung ziemlich erloschen sind. Man hat zu dem verzweifeltesten Mittel einer Ruhepause gegriffen, um zu vermeiden, daß es zu einem gänzlichen Abbruch der Verhandlungen kommt. Das Vertrauen der französischen Industriekreise ist derart groß, daß jetzt jeder neue deutsche Vorschlag von französischer Seite immer wieder als angebliche Sabotage der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen hingestellt wird.

Die deutsche Antwort in Paris eingetroffen.

* Berlin. Aus Paris wird gemeldet: Die Antwort der deutschen Regierung auf die vorgestern überreichte Entente-note ist gestern abend 7,30 Uhr in Paris eingetroffen.

Die Pariser Presse zur deutschen Antwort.

Paris. (Zuspruch.) Die Note der deutschen Regierung über die Nichterfüllung der Abnehmerzone wird von der heutigen Morgenpresse gebürdelt. Eine Reihe von Blättern, darunter auch das Courrier und der Matin, können sich jedoch nicht entschließen, den vollständigen Text dieses Dokumentes ihren Lesern zu unterbreiten. Der Matin kritisiert die Note und schreibt, die deutsche Antwort schließe einseitig die Polemik ab. Es sei wahrscheinlich, daß die Vorkämpferkonferenz in etwa 14 Tagen im Besitz des endgültigen Berichtes der internationalen Militärkontrollkommission sein werde und dann den Text des Dokumentes abfassen werde, das Deutschland Befriedigung geben werde, eine Befriedigung, die gewiß durch die Beweise (?) vermindert werde, die der öffentlichen Meinung der Welt davon überliefert werden, daß das Reich nicht in dem Maße abgerüstet habe, wie es heute geschehen müsse und wie der Reichsaussenminister es gestern behauptet habe.

daß nach Ablauf der kurzen Uebergangszeit die volle Weistbegünstigung verlangt werden könne. Bei diesem Stand der Verhandlungen wurden diese abgedrohten und die belgische Delegation reiste von Berlin nach Brüssel zurück, um neue Instruktionen von ihrer Regierung einzubringen. In wenigen Wochen werden aber die Verhandlungen fortgesetzt werden. Es ist eine falsche Darstellung, wenn der „Temps“ behauptet, daß Deutschland den Belgiern die Weistbegünstigung nicht zugestehen wolle.

Das Aufwertungsgeheim kommt vor den Reichstag.

* Berlin. Wie die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen erzählt, rechnet man nach den gestrigen Regierungserklärungen im Aufwertungsgeheim damit, daß das neue Aufwertungsgeheim dem Reichstag in drei bis vier Wochen vorgelegt wird. In der Zwischenzeit wird sich der Aufwertungsgeheim mit der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums belassen, die eine kritische Zusammenfassung der Aufwertungsfragen in Gegenwart und Vergangenheit gibt.

Der Geheimpakt der Deutschen Eisenindustrie.

11 Berlin. Nachdem der Vertrag zwischen den deutschen Eisenindustriellen öffentlich bekannt geworden ist, können wir über die Entstehungsgründe dieses Vertrages das Folgende mitteilen:

Als die Sachverständigen der deutschen eisenverarbeitenden und eisenverarbeitenden Industrie im Dezember in Paris mit den französischen Eisenindustriellen verhandelten, stellte es sich heraus, daß die Franzosen die Taktik verfolgten, einen Teil in die einseitige Geltung der deutschen eisenverarbeitenden und eisenverarbeitenden Industrie zu streben. Dieser Versuch lag nahe. Während die deutsche eisenverarbeitende Industrie ein Interesse daran hat, daß die elass-lothringischen Kontingente nicht mehr sofrei nach Deutschland gelangen, hat die deutsche eisenverarbeitende Industrie das umgekehrte Interesse, dieses Abstreifen unter günstigen Bedingungen zu beziehen. Diese augenblickliche Situation haben die Franzosen benutzt, um die deutsche eisenverarbeitende Industrie, namentlich in Württemberg, Bayern und Baden, gegen die deutsche eisenverarbeitende Industrie mobil zu machen. Beide Gruppen der deutschen Industrie haben infolgedessen den Pakt abgeschlossen, um den französischen Absichten entgegenzutreten. Deutschland hat das französische Verlangen, der weiteren sofreien Einfuhr der Eisenkontingente nach Deutschland abzulehnen müssen, andererseits aber den tatsächlichen Zustand anerkennen können, daß in Frankreich eine Ueberproduktion an Roheisen besteht. Die deutsche Industrie hat den Franzosen aus dieser Schwierigkeit helfen wollen. Da dies aber im Wege der französischen Handelsvertragsverhandlungen nicht gut möglich war, wollten die deutschen Industriellen im Wege privater Verhandlungen die Sache ins Reine bringen. Das ist ein vernünftiger wirtschaftlicher Gedanke, der sogar ein großes Entgegenkommen gegen Frankreich bedeutet. Die Franzosen tun Unrecht, wenn sie dahinter irgendwelche deutschen Aufschläge befürchten.

Die deutsche Industrie will also ein Quantum von einigen Hunderttausend Tons Roheisen den Franzosen abnehmen, aber sie verlangt dafür auch, daß die deutsche eisenverarbeitende Industrie mit ihren Erzeugnissen auf dem französischen Markt gelangen kann. Das französische Roheisen soll an die verarbeitende Industrie um Selbstkostenpreis abgegeben werden, jedoch unter der Voraussetzung, daß diese Industrie auf dem französischen Markt den Minimaltarif erhält. Dieser Vorschlag ist also vollkommen loyal und sicherlich kein Dumping gegenüber Frankreich, wie dort behauptet wird.

Im Augenblick hat die deutsche Industrie ein Interesse daran, die elass-lothringischen Eisenkontingente hereinzubekommen, aber auf lange Sicht muß sie doch ihre Eisenkontingente in Deutschland selbst zu finden suchen. Der Einfall der Franzosen in die Ruhr und ihre vielfachen Versuche, an der deutschen Industrie teilzuhaben, hatten ja den Zweck, sich die deutsche Kohlenindustrie zu sichern und damit auch die deutsche eisenverarbeitende Industrie in die Hand zu bekommen. In der Erkenntnis dieser Gefahr hat sich die deutsche eisenverarbeitende Industrie mit der eisenverarbeitenden Industrie zu einer gemeinsamen Haltung gegenüber Frankreich zusammenschließen müssen.

Trendelenburg nach Berlin berufen.

* Berlin. Auf der Tagesordnung der gestrigen Kabinettsitzung standen verschiedene Fragen der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen. Das Kabinett beschloß, den Staatssekretär von Trendelenburg nach Berlin zur Berichterstattung zu berufen.

Paris. (Zuspruch.) Eine nouvelle, die sich mit den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen beschäftigt, weist auf einen inneren Widerspruch hin, in dem sich die französische Delegation im Augenblick befindet und der nicht ohne Bedeutung sei. Das Blatt schreibt, die Verhandlungen scheinen nunmehr paralysiert zu sein. Der Vorschlag des französischen Handelsministers habe eine Abänderung des französischen Zollgesetzes zur Voraussetzung, aber es sei schwierig, den Abschluß eines Vertrages, der sofort in Kraft treten sollte, auf einer Hypothese aufzubauen. Der französische Handelsminister, dessen Entgegenkommen in dieser Angelegenheit man loben müsse, sei doch nicht Herr über die Entscheidungen des Parlamentes. Man sehe sich der Gefahr aus, daß eine Abkündigung der Kammer oder des Senates erfolge, durch die plötzlichen Bestimmungen, die Frankreich und Deutschland in ihrem Vertrag angenommen hätten, nicht die erforderliche Billigung finden würden. Man wolle also das, was die Unterhändler Frankreichs und Deutschlands abgeschlossen hätten, dem Befehl der Parteien unterordnen.

Die Note der Alliierten vor Ende Februar nicht zu erwarten?

London. (Zuspruch.) Daily Telegraph schreibt, die Abänderung der Note der Alliierten an Deutschland über die Räumungsfrage könne kaum vor Ende Februar erwartet werden, da zwischen den Alliierten heikle und bedeutende Fragen erwogen werden müßten.